



Fröhliches Jobben in ganz Europa

Arbeitskräfte sollen künftig mobiler werden (dürfen) und damit Europa eine bessere Zukunft bescheren. Denn langfristig wird es einen Arbeitskräftemangel geben. EU-Maßnahmen wie die „Blue Card“ sollen Abhilfe schaffen.

Christine Wahlmüller

Deutsche Ingenieure in Spanien, polnische Tischler in Österreich, Wissenschaftler-Austausch quer durch Europa – keine Seltenheit, aber noch lange nicht die Regel. Das soll sich ändern, wenn es nach den Wünschen von EU-Beschäftigungskommissar Vladimír Špidla geht. Denn Mobilität sei förderungswürdig, ist Špidla überzeugt.

Langfristig wird es in Europa einen Arbeitskräftemangel geben: Bis zum Jahr 2015 wird sich die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter halbiert (!) haben. Zwischen 2010 und 2030 wird es zu einer Reduktion von 20 Mio. Arbeitskräften kommen, wenn nicht große oder veränderte Einwanderungswellen stattfinden, so sehen die Prognosen laut einer aktuellen EU-Studie aus.

Hilfe in Krisenzeiten

Gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise sind flexible, mobile Arbeitskräfte enorm von Bedeutung und helfen, die schwierigen Zeiten besser zu überstehen. „Alles deutet darauf hin, dass sich Wirtschaften mit mobilen Arbeitskräften viel besser von wirtschaftlichen Problemen erholen können als Länder mit starren Arbeitsmarktstrukturen“, erklärt Špidla. Eine mobile Wirtschaft könne sich besser an Veränderungen anpassen, mobile Arbeitskräfte könnten leichter in anderen Regionen oder Branchen tätig werden und so die Wirtschaft wieder ankurbeln.

So weit die Theorie. Die Praxis sieht anders aus. Obwohl sich die EU seit dem Jahr 2006, dem EU-Jahr der „Arbeitskräftemobilität“, vehement für eine Verbesserung einsetzt, hat

sich bis dato wenig verändert. Zu groß sind die Mobilitätshindernisse: An erster Stelle stehen wohl fehlende Sprachkenntnisse, soziale Bindungen und finanzielle Kriterien, denn ein Umzug beziehungsweise neue „vier Wände“ kosten schließlich viel Geld. Aber auch Unterschiede in den Steuersystemen, in der Kranken- und Pensionsversicherung, das Fehlen einer EU-einheitlichen Arbeits- und Sozialgesetzgebung und die noch sehr lückenhafte zwischenstaatliche Anerkennung von beruflichen Qualifikationen wirken abschreckend. Die EU-Kommission verfolgt dennoch weiter ihre Strategie – wenn auch langsam. Bereits 2006 wurde das europäische Bewerbungsportal Eures eingeführt. Diskussionen um eine „Blue Card“ ähnlich der US-amerikanischen „Green Card“ gab es schon lange. Nach zähem Tauziehen wurde die Einführung der „Blue Card“ im Juni vergangenen Jahres vom EU-Ministerrat beschlossen. Sie ist aber nur eine EU-weite Arbeitsgenehmigung für hoch qualifizierte Fachkräfte aus aller Welt. Bis spätestens 2011 müssen die Mitgliedstaaten diese Richtlinie umsetzen, ab 2011 sollen Fachkräfte etwa aus China, Russland oder Indien mit einer „Blue Card“ in Europa arbeiten dürfen.

Kritik an „Blue Card“

Auf Druck einiger Mitgliedstaaten wurden die EU-Pläne allerdings stark abgeschwächt. So gilt die „Blue Card“ nicht als Arbeitserlaubnis im gesamten EU-Raum, sondern kann nur für ein Land beantragt werden. Insgesamt wird die neue EU-Richtlinie als zu bürokratisch beurteilt, die beschränkte Geltungsdauer (maximal vier Jahre) sorgt für Kritik.



Vor allem soziale Bindungen und fehlende Sprachkenntnisse halten viele Menschen von einem Job im Ausland ab. Foto: Photos.com

Das Interesse am Arbeiten im Ausland ist aber nach wie vor gering: Laut einer Studie von Pricewaterhouse Coopers (PWC) aus dem Jahr 2006 wurden bei insgesamt 445 Unternehmen aus 14 EU-Ländern gerade einmal fünf Prozent Bewerbungen von Ausländern registriert. Laut einer EU-Studie aus dem Jahr 2008 hat sich da wenig geändert: „Die Bevölkerung Europas ist überwiegend sesshaft eingestellt“, urteilt die Studie. „Statt eines Umzugs nehmen die Menschen lieber Pendeln auf sich, arbeitsbedingte Migration betrifft nur eine kleine Gruppe“, betont Studienautor Norbert Schneider von der Uni Mainz. Nur ein Sechstel der Berufstätigen Europas sieht sich selbst als beruflich mobil, allerdings eher innerhalb der eigenen Landesgrenzen.

„Angesichts eines steigenden Fachkräftemangels bei wachsender Tendenz zur Arbeitslosigkeit unter

gering Qualifizierten bleibt neben der Bildungspolitik die Anwerbung internationaler und europäischer Fachkräfte eine zentrale politische Gestaltungsaufgabe für die Zukunft“, resümiert Klaus Zimmermann, Direktor des Forschungsinstituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) in Bonn, jüngst in einem Forschungsbeitrag. Die internen europäischen Mobilitätsbarrieren werden allerdings schwer zu durchbrechen sein, gibt sich Zimmermann skeptisch. „Der Schlüssel zur Mobilität liegt bei einer stärkeren Einbindung internationaler Arbeitsmigranten in den europäischen Migrationsprozess“, meint der IZA-Direktor.

In Österreich ist übrigens bereits jeder zehnte Erwerbstätige ohne österreichische Staatsbürgerschaft. Laut Statistik Austria (Zahlen vom dritten Quartal 2009) sind von den insgesamt 4,1 Mio. Erwerbstätigen genau 418.000 Ausländer.